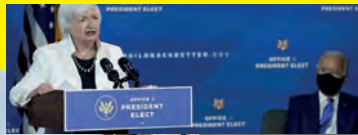


Sozialismus.de

Heft 1-2021 | EUR 8,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Luca Karg/Maurice Laßhof:
Die Jugend kriegt die Krise(n)

Otto König/Richard Detje:
Zombifizierung der Wirtschaft

Beiträge u.a. von

**Marion Fisch, Mario Keßler,
Klaus Bullan, Marcus Eckelt,
Joachim Bischoff, Björn Radke,
Paul Schäfer, Alfred Eibl,
Johannes Priesemann**

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Vermögen besteuern, Demokratie schützen!

Seit Jahren nimmt die Konzentration von Vermögen zu. Die Ungleichheit bei den Vermögen ist in Deutschland laut Thomas Piketty wieder auf einem Niveau wie zur Kaiserzeit. Daraus folgt: Deutschland braucht die Vermögensteuer für Milliardäre und Multimillionäre!

Punktsieg der Rechten

Eine verschwiegene Allianz von AfD und radikalen Rechten in der CDU haben in Sachsen-Anhalt die schon länger vorgebrachte Systemkritik an den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Finanzen spektakulär genutzt.

Transatlantischer »New Deal«

Mit altbekannten Tönen meldete sich Rüstungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zu Wort. Das zentrale Thema ihrer als »Grundsatzrede« bezeichneten Ausführungen: Ein »weltpolitikfähiges« Deutschland und Europa setze »eine gut abgestimmte Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Handels- und Entwicklungspolitik« voraus.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent*innen und
Leser*innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Linke Lebenswege: (Nicht) loyal um jeden Preis

Mario Keßler: Die Betrogenen des »realen Sozialismus« Sprache und Schweigen der DDR-Intellektuellen	2
Joachim Bischoff/Gerd Siebecke: Leo Panitch (1945-2020)	7

Impfen & Stärken

Joachim Bischoff/Björn Radke: Querdenker – eine Bewegung neuen Typs?	8
Klaus Bullan: Jugend, Corona, Alltagsbewusstsein	15
Marcus Eckelt: Jugend & Beruf im Zeichen von Corona. Berufliche Zukunftsperspektiven eines Teils der Jugendlichen verschlechtern sich weiter ..	20
Bernhard Müller: Eindämmung der sozialen Spaltung: Fehlanzeige	27

Neue Kalte Kriege und Konfrontationen

Wolfgang Müller: Chinesisches Jahrhundert?	33
Joachim Bischoff: Ein neues politisches Drehbuch für die »amerikanische Tragödie«	37
Bernhard Sander: Macron und die Welle des Zorns in der islamischen Welt	42

Ein neues Wahljahr beginnt

Paul Schäfer: Wie politikfähig ist DIE LINKE? Weichenstellung für progressive Politik	47
--	----

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Zombifizierung der Wirtschaft? Über die abenteuerliche Auffassung, dass Kurzarbeit auf Kosten des Strukturwandels gehe	53
Wolfgang Neef: Welche Technik brauchen wir?	56

Wer regiert die Welt, wer schreibt Geschichte?

Alfred Eibl/Johannes Priesemann: Quo vadis »Geld«? Neues privates oder staatliches Geld in neuer Form: Facebooks Diem vs. digitales Zentralbankgeld	60
Michael Brie: Revolutionäre Tatkraft (zu Lehndorff, New Deal)	64
Manfred Herzer-Wigglesworth: Erinnern an Auschwitz, auch an sexuelle Minderheiten (zu Ostrowska/Talewicz-Kwiatkowska/van Dijk)	66

Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum	67
Tipps zum Sehen, Zuhören, Diskutieren	68
Marion Fisch: Das Paradies der Damen (Filmkritik)	69

Supplement

Luca Karg/Maurice Laßhof Die Jugend kriegt die Krise(n) Wahrnehmungen von Fridays-for-Future-Aktiven und Auto-Azubis im Vergleich	
--	--

Zombifizierung der Wirtschaft?

Über die abenteuerliche Auffassung, dass Kurzarbeit auf Kosten des Strukturwandels gehe

von ■ Otto König und Richard Detje



Demonstration für Werften, in Schwerin, 18.6.2020 (dpa)

Trotz wirtschaftlicher Erschütterungen infolge der andauernden Corona-Pandemie ist es in Deutschland zu keinem sozialen Erdbeben gekommen. Der massive Einsatz von Kurzarbeit hat einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindert. Wesentlich stärker als in früheren Krisenphasen ist Kurzarbeit zum kurzfristig effektivsten beschäftigungspolitischen Instrument geworden, das zugleich hilft, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage – wenn auch auf einem deutlich abgesenkten Niveau – vor weiteren Deflationsschüben abzustützen. Ein Prozess des abgrundtiefen »Hineinsparens« in die Krise konnte mit der Auszahlung von Kurzarbeitergeld als einem sozialstaatlichen Stabilisator abgeblockt werden. Dies gelang nicht zuletzt deshalb, weil die Unternehmensverbände daraus den

Vorteil ziehen, qualifizierte Fachkräfte an Bord zu halten.

Bereits in der Großen Krise 2009/10 diente die Kurzarbeit als arbeitsmarktpolitisches Brückeninstrument – in der Spitze gab es im Frühjahr 2009 mehr als 1,4 Millionen Kurzarbeiter*innen, im Jahresdurchschnitt 2009 waren es 1,1 Millionen. Schwerpunkte der Kurzarbeit waren die Metallbranche, der Maschinenbau und die Automobilindustrie. In den darauffolgenden Jahren wurde in den europäischen Nachbarstaaten immer wieder das »German-Beschäftigungswunder« gepriesen.

Im März dieses Jahres, zu Beginn der Corona-Krise, lag die Zahl der Kurzarbeiter*innen mit 2,5 Millionen deutlich über dem Höchststand aus dem Frühjahr 2009. Für den April 2020, auf dem Höhepunkt der ers-

ten Corona-Welle, nannte die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Zahl von fast sechs Millionen Kurzarbeiter*innen oder 18% aller Anspruchsberechtigten, deren durchschnittlicher Arbeitszeitausfall bei 48% lag. Zugleich hat sich der Einsatzschwerpunkt von Kurzarbeit deutlich verlagert. »In der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 entfielen 76% aller Kurzarbeiter*innen auf das konjunkturreagible Verarbeitende Gewerbe; im Juni 2020 waren es dagegen lediglich 31%«, heißt es in einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung.¹ Zudem änderte sich die personelle Zusammensetzung der Kurzarbeiter*innen. Vor allem Frauen arbeiten in der aktuellen Krise

Otto König ist Mitherausgeber, *Richard Detje* Redakteur von *Sozialismus.de*. In Heft 12/2020 erschien von ihnen der Beitrag: »Tarifauseinandersetzung in der Krise. Tarifrunde 2021 in der Metall- und Elektroindustrie«.

wesentlich häufiger kurz als in vergangenen Krisen;

die Quote lag im Juni 2020 mit 13,2% noch leicht oberhalb jener der Männer (12,8%), während sich die Quoten im Vergleichszeitraum 2009 mit 2,3% und 6,3% noch deutlich unterschieden hatten. Ausschlaggebend hierfür ist, dass aktuell Dienstleistungsbereiche mit hohen Anteilen weiblicher Beschäftigter die Arbeitszeit verkürzen, vor allem das Gastgewerbe mit einer Kurzarbeiterquote von 45% oder der Handel mit immerhin knapp 13%«, so Pusch und Seifert.

Im Gastgewerbe hatte Kurzarbeit im Juni 2009 mit einer Quote von 0,15% eine marginale Bedeutung; im Verarbeitenden Gewerbe lag sie dagegen mit 13,8% deutlich über der Gesamtquote von knapp 4,6% (Statistik BA). Für das Verarbeitende Gewerbe ist das auch Mitte 2020 mit einer Kurzarbeiterquote von gut 20% gegenüber dem Durchschnittswert von 13% der Fall. Erstmals sind auch Leiharbeiter*innen anspruchsberechtigt; von diesem regulatorischen Novum profitieren 12%. Nicht anspruchsberechtigt sind dagegen Minijobber*innen.

Im Laufe des Sommers ist die Zahl der Kurzarbeiter*innen nach Hochrechnungen der BA wieder deutlich zurückgegangen. Auf Basis eigener Schätzungen und Berechnungen meldete das Münchner Ifo-Institut im Oktober einen Rückgang der Zahl der Betroffenen um rund 450.000 auf knapp 3,3 Millionen. Doch spätestens mit Beginn des Lockdowns im November/Dezember ist der Anteil der Unternehmen mit Kurzarbeit wieder gestiegen. Dabei hat sich die Lage in der Hotellerie und Gastronomie erneut stärker zugespitzt. Waren im Oktober 62,9% der Hotels von Kurzarbeit betroffen, so ist dieser Anteil im November auf 91% angestiegen. Ähnliches gilt für die Gastronomie: Hier stieg der Anteil der Unternehmen mit Kurzarbeit von 53,4% auf 71,7%. Hotels dürfen nur noch Geschäftsreisende beherbergen, Restaurants nicht mehr öffnen und ihre Waren nur noch ausliefern. Deutliche Anstiege verzeichneten wiederum Reisebüros und Reiseveranstalter

(von 88,0 auf 91,1%). Bei Dienstleistern stieg die Kurzarbeit von 24,0 auf 30,6%, im Handel von 18,8 auf 20,7%, auf dem Bau von 7,4 auf 9,0%.

Einen Rückgang der Kurzarbeit gab es hingegen zuletzt unter anderem in der Autobranche – hier schlug die Erholung des chinesischen Marktes zu Buche –, im Verlagswesen und in Druckereien. Der zweite »schwere« Lockdown von Mitte Dezember wird den Anstieg der Kurzarbeit vor allem im Handel und anderen Dienstleistungsbranchen verstärken. Schon im Verlauf des »Pandemie-Jahres 2021« zeichnete sich in vielen Bereichen ab, dass Kurzarbeit bis weit in 2021 in Anspruch genommen werden wird. Das hat sich mittlerweile in der vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes (KUG) und dessen Aufstockung – ab dem vierten Monat auf 70 bzw. 77% und ab dem siebenten Monat auf 80 bzw. 87% – niedergeschlagen. Auch die Befreiung der Arbeitgeber von Sozialversicherungsbeiträgen auf das KUG wurde in das kommende Jahr verlängert, ab dem 1. Juli 2021 ist dies endlich an die Teilnahme an Weiterbildung gekoppelt.

»Kreative Zerstörung«

Obwohl die beschäftigungspolitische Wirkung der Kurzarbeit unstrittig ist, entbrannte über die Verlängerung der KUG-Bezugsdauer auf 24 Monate im Frühherbst ein heftiger Streit. Während der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, diese Verlängerung als »ziel führend und unausweichlich« bezeichnete, wetterte der Chef der sogenannten »Wirtschaftsweisen«, Lars Feld, dass dies deshalb »falsch« sei, weil sich »nötige Anpassungen innerhalb der Wirtschaft nur hinauszögern« würden. Der Chef der Deutschen Bank, Christian Sewing, CEO eines durch und durch korrupten Instituts, befeuerte die Debatte mit dem Argument, »wir müssen ein gewisses Maß an kreativer Zerstörung zulassen«. Losgetreten wird damit eine Debatte, in der Wirtschaftsverbände weitere staatliche Hilfen fordern und neoliberale Ökonomen wie der Leipziger Wirtschaftsprofessor Gunther Schnabl

vor einer »Zombifizierung« der Wirtschaft warnen, weil eigentlich »tote Unternehmen« am Leben gehalten würden und Kurzarbeiter*innen zu wenig nach neuen Stellen suchen. Dadurch verlangsamte sich der Strukturwandel. Hinter dieser Argumentation blitzt die These des österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter auf, derzufolge sich wirtschaftlicher Fortschritt als Prozess einer permanenten »schöpferischen Zerstörung« entfaltet: Altes verschwindet, Neues entsteht. »Federt der Staat hingegen die Kosten und Einbußen zu stark ab, dann schafft er für die Betroffenen – Arbeitgeber wie Arbeitnehmer*innen – einen ungunstigen Anreiz, sich vor harten Zukunftsentscheidungen zu drücken«, echoisierte Dietrich Creutzburg in der FAZ (27.8.2020).

Dass über einen Anstieg der Arbeitslosigkeit erst Druck ausgeübt werden müsse, um die Wirtschaft innovativer zu gestalten, ist nicht nur Nonsense, sondern verletzt auch die Menschenwürde. Dahinter steht die irrtümliche These, Innovationen würden maßgeblich von neuen Unternehmen kommen. Dafür gibt es jedoch keine empirischen Belege. »Es hilft nicht, jetzt einfach zu sagen: Wer das nicht verkräftet, muss weichen. Bei solchen Rosskuren bleiben auch gesunde Unternehmen auf der Strecke. Aber gerade in diesen Firmen findet Innovation statt«, so Wilfried Kurtzke, Volkswirt beim IG Metall-Vorstand. Innovationen kommen nicht immer nur von neuen Unternehmen. Und nichts deutet darauf hin, dass Kurzarbeit die Arbeitsplatzmobilität ausbremst. Insofern ist die Empfehlung der OECD-Chefökonomin Laurence Boone, nicht mehr flächendeckend alle Arbeitsplätze zu erhalten, »sondern Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld so umzustellen, dass es Menschen hilft, aus den Branchen, in denen nicht alle Firmen überleben werden, in erfolgreichere Branchen wie E-Commerce, den Gesundheitssektor oder die Digitalwirtschaft zu wechseln«, mehr als fragwürdig (Handelsblatt, 26.10.2020).

Vieles in dieser Debatte deutet darauf hin, dass Unternehmervertreter mit Strukturwandel nicht nur die Dekarbonisierung und Digitalisierung der Wirtschaft meinen, sondern auch den

Umbau des Sozialstaats. So wird das gewerkschaftliche Bemühen, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten, als strukturkonservativ denunziert. Fakt ist hingegen: Der Abbau von Arbeitsplätzen schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften. Der eine oder andere Gegner der verlängerten Kurzarbeit nimmt das wohlwollend zur Kenntnis. Am Ende geht es bei der Kurzarbeit also nicht nur um ihre Wirkung, sondern perspektivisch ebenso um soziale und politische Machtverteilung.

Qualifizieren statt entlassen

Mit der Entscheidung des Gesetzgebers, den Bezug des Kurzarbeitergelds auf maximal 24 Monate bis Ende 2021 zu verlängern, wurde den Unternehmen weiterer Raum für begleitende Maßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels eröffnet. Längere Kurzarbeitsphasen können so mit der Qualifizierung der betroffenen Arbeitnehmer*innen gekoppelt werden. Es geht dabei nicht nur darum, jene Kompetenzen zu verbessern, die für die unmittelbar ausgeübte Tätigkeit benötigt werden, sondern auch diejenigen, die im Hinblick auf die wirtschaftliche Transformation besonders gefragt sind. »Da Kurzarbeit keine Garantie für einen längerfristigen Verbleib im selben Job geben kann, muss die Anschlussfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ebenfalls im Blick behalten werden.« (IAB, 20.11.2020)

»Um die Herausforderung der Transformation zu bewältigen, setzt die Gewerkschaft darauf, Kurzarbeit jetzt mit Weiterbildung und Qualifizierung zu verbinden«, so Kai Burmeister von der IG Metall Baden-Württemberg. Im Gegensatz zu manchem allein am Profit orientierten Unternehmensvertreter wissen die Beschäftigten, dass Qualifizierung ein zentrales Instrument zur Beschäftigungssicherung in der Transformation ist. Für Zukunftssicherung durch Qualifizierung sprachen sich 92% der Befragten bei einer aktuellen Online-Befragung² der IG Metall aus. Sie wollen Sicherheit und Perspektiven im Wandel. Das erklärt auch die hohe Zustimmung (87%) über alle Beschäftigtengruppen hinweg, für die von der IG Metall in der anstehenden Tarif-

runde 2021 geforderten »Zukunftstarifverträge mit Investitions-, Produkt- und Standortzusagen«.

Dieser in die Zukunft gerichtete arbeitsmarktpolitische Ansatz, Phasen der Kurzarbeit für Weiterbildung zu nutzen, stößt jedoch bei Vertretern der Arbeitgeberverbände auf Ablehnung. Für Gesamtmetall-Geschäftsführer Oliver Zander geht es bei der Verlängerung nur um eine rein »zeitlich befristete Beschäftigungssicherung« und »nicht um die Gestaltung des Strukturwandels« (Wirtschaftswoche, 20.8.2020). Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, hält eine Koppelung an Weiterbildung sogar für »mittelstandsfeindlich«, wie er der *Rheinischen Post* gegenüber sagte: »Die Lufthoheit über die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter muss bei den Betrieben liegen.« Dass diese die betriebliche Weiterbildung ernst nehmen würden, dafür lieferte wie bestellt das arbeitgebernahe Institut IW eine aktuelle Studie: Das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen für Weiterbildung sei um 23% auf 41,3 Milliarden Euro angestiegen und habe ein Rekordniveau erreicht. Seit 2016 seien die jährlichen Ausgaben der Firmen für die Weiterbildung der Beschäftigten – etwa durch IT-Fortbildung, Sprachkurse oder Führungcoaching – um 16% auf mehr als 1.200 Euro je Mitarbeiter gestiegen (dpa, 16.12.2020).

Die genannten Beispiele für die von Unternehmen favorisierte betriebliche Bildung sind symptomatisch, unterstreichen sie doch die Feststellung, dass diese vorwiegend im Angestelltenbereich stattfindet, jedoch nicht in der Produktion, die im Zuge der Transformation besonders betroffen ist. So verwundert es auch nicht, dass die Befragten bemängeln, dass keine Kommunikation mit den Beschäftigten über die Zukunft des Unternehmens stattfinden würde. So antwortete fast die Hälfte der Befragten, dass sie sich nicht ausreichend über die wirtschaftliche Lage und die Zukunftsaussichten ihres Betriebes informiert fühlt. Nur jede/r Zweite sagte, dass es für ihren/seinen Betrieb eine konkrete Strategie gibt, um die langfristigen Herausforderungen durch Digitalisierung und Dekarbonisierung

zu stemmen. In bestimmten Bereichen

beklagen Beschäftigte besonders oft die Strategielosigkeit ihrer Arbeitgeber: In Betrieben mit bis zu 300 Beschäftigten können 42% der Befragten keine konkrete Vor-Ort-Strategie zur Bewältigung der betrieblichen Transformationsprozesse erkennen; im Stahlbereich sehen das 41% und im Fahrzeugbau immerhin 33% der Beschäftigten so.

Nicht Kurzarbeit verhindert den Strukturwandel, sondern die Weigerung, mittel- und langfristige Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen durch Digitalisierung und Dekarbonisierung in der Industrie mit Betriebsräten und Betroffenen auszuarbeiten. Die Corona-Krise legt brutal offen: Viele Betriebe setzen auf kurzfristige Einsparungen, statt auf notwendige Zukunftsinvestitionen, auf Entlassungen wie beim Autozulieferer Continental, statt auf die Ermittlung von Qualifizierungsbedarfen und die Ausarbeitung von Umsetzungskonzepten mit den Betriebsräten.

Schützenhilfe bekommen sie von Politikern wie dem CDU-Bundeskanzleramtsanwärter Friedrich Merz, der in BILD zynisch fabulierte: »Wir müssen ein bisschen aufpassen, dass wir uns nicht alle daran gewöhnen, dass wir ohne Arbeit leben können.« Und der ehemalige Chef des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beeilte sich, den ehemaligen BlackRock-Repräsentanten im »ntv-Frühstart« beizuspringen: »Wenn ich viel Geld für das Nichtstun gebe, dann wird das Nichtstun verlängert. Das ist die Kehrseite.« Diese Verhöhnung abhängig beschäftigter Menschen offenbart einen ungetrübten Einblick in das Geistesleben von unternehmensinteressen geleiteter Wissenschaft und Politik.

¹ Toralf Pusch/Hartmut Seifert: Kurzarbeit in der Corona-Krise mit neuen Schwerpunkten, WSI-Policy-Brief 9/2020.

² Die IG Metall hat von Ende September bis Mitte November bundesweit die Beschäftigten in ihrem Organisationsbereich zu ihrer »Arbeits- und Lebenssituation unter Pandemiebedingungen und ihren Erwartungen an politisches und gewerkschaftliches Handeln« befragt. Mehr als 250.000 Beschäftigte in über 6.700 Betrieben haben an der Online-Befragung teilgenommen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

